Expertin: "Antiprogressiver Backlash" in den USA

Politikwissenschaftlerin Haastrup zur APA: Institutionen des Völkerrechts und in den USA unter Druck - Russland bietet in Afrika eine Alternative zur EU

Wien/Washington (APA) - Die Politikwissenschaftlerin Toni Haastrup bezeichnet die Entwicklungen in den USA als reaktionär. "Wir sind in einem antiprogressiven, antifeministischen Backlash, der offensichtlich von einer neuen Klasse von Oligarchen unterstützt ist", sagt die Professorin für Globale Politik von der Universität Manchester im Gespräch mit der APA, in dem es auch um die Rolle der UNO, um die Ukraine und Militärputsche in der Sahelzone geht.

"Ein Teil von mir findet das ironisch, denn wenn man 'Oligarchen' hört, denkt man an die reichen Typen in Russland", sagt die Politologin. Doch jetzt benutze man das Wort, wie es benutzt werden solle: als allgemeinen Begriff. "Die Pädagogin in mir ist darüber glücklich. Die Bürgerin in mir ist entsetzt, dass das nun der Zustand der (US-)Demokratie ist." Es handle sich um einen Versuch, die Institutionen der Demokratie umzugestalten - mit schwerwiegenden Folgen: "Daraus kann nichts Gutes entstehen. Es gibt kein Szenario, in dem das für marginalisierte Gruppen gut ausgeht." Im Öffentlichen Dienst gibt es, mitinitiiert von Milliardär Elon Musk, der kein offizielles Amt in der US-Regierung innehat und sich so der demokratischen Kontrolle entzieht, eine Kündigungswelle; die Entwicklungshilfe wird gekürzt. Präsident Donald Trump argumentiert dies mit einer angeblich notwendigen Effizienzsteigerung. Hochrangige Regierungsposten wurden von Trump mit Unternehmern besetzt.

Haastrup nimmt die Importzölle für chinesische Waren als Beispiel. China mache einen wichtigen Teil der US-amerikanischen Handelsbeziehungen aus. Den "sehr vermögenden" Trump werde die Einhebung von Zöllen nicht treffen, sondern "einfache Leute, dieselben, die mit Rassismus einverstanden sind." Diese würden denken, "gegen China vorzugehen ist eine gute Sache", ohne zu begreifen, welche Folgen die Zölle für sie selbst hätten.

UNO nicht nur von Trump geschwächt

Mit der Kürzung des US-Entwicklungshilfeprogrammes verlieren auch einige UNO-Programme ihre finanzielle Grundlage. Doch Haastrup denkt nicht, "dass die Schwächung der UNO nur an Trump liegt." Sie erinnert daran, dass auch die Niederlande angekündigt haben, die Entwicklungshilfe zu kürzen, wovon unter anderem das Kinderhilfswerk UNICEF betroffen ist. Die Politologin ortet einen Paradigmenwechsel, denn: "In der Vergangenheit sind andere Staaten eingesprungen." Staaten, die an die Unantastbarkeit des Völkerrechts und an Menschenrechte glauben, müssten gegen den Rückschritt auftreten, appelliert sie. Sie frage sich, ob Deutschland die Lücken füllen werde, die die USA hinterlassen könnten.

"Lange Zeit haben die Menschen geglaubt, dass die Institutionen widerstandsfähig und schwer zu ändern sind. Aber es gibt Bedingungen, unter denen sich die Institutionen ändern können." Und was Trump gerade mache, sei die "Schock-Strategie", bezieht sie sich auf die Kapitalismuskritikerin Naomi Klein. "Wenn es einen Schock von außen gibt, dann ist das der Moment, in dem man Änderungen herbeiführen kann", führt Haastrup aus.

An der UNO selbst übt sie Kritik. "Natürlich hat die UNO die Rahmenbedingungen, um Frieden und Sicherheit zu garantieren. Die Rahmenbedingungen sind gut", stellt sie klar. Alle Staaten könnten sich dort als Gleichberechtigte treffen - außer wenn es um den Sicherheitsrat gehe. Haastrup deutet eine Kritik an der Tatsache an, dass unter den fünf Ständigen Mitgliedern des Gremiums - die USA, das Vereinigte Königreich, Frankreich, Russland und China - kein einziger afrikanischer Staat ist. Der Glaubwürdigkeit der UNO habe das geschadet. Ebenso bemängelt Haastrup, dass die UNO noch nie eine Frau zur Generalsekretärin ernannt hat.

Militärputsche im Sahel: Russland nicht besser, aber Alternative zu EU

Haastrup forscht unter anderem zu EU-Afrika-Beziehungen. Gefragt nach den Militärputschen der letzten Jahre in der Sahelzone - in Guinea, Mali, Burkina Faso, im Niger, im Tschad, im Sudan und, südlicher, in Gabun, hatte das Militär, teils mit russischer Unterstützung, Regierungen gestürzt - antwortet sie: "Frankreich war in vielen dieser Länder eine Kolonialmacht. Theoretisch ist Frankreich in den 1960ern abgezogen, aber die Währungen dieser Länder sind noch immer an den französischen Franc gebunden. Ihre Wirtschaft ist also noch immer davon bestimmt, was in Paris passiert."

"Frankreich hat nie irgendeine Entschädigung gezahlt für den Schaden, den es im Kolonialismus zugefügt hat." Das Land habe "korrupte Herrscher unterstützt, die für der Entwicklung der Länder schädlich waren." Für die Bevölkerung sei das "grauenhaft" gewesen. Auch hätten die Menschen sich zu fragen begonnen, was die Verbindungen zur EU ihnen bringe.

Haastrup ist aufgefallen, dass "in allen Ländern der Sahelzone, die kürzlich Putsche erlebt haben", "die EU nur kurz vor den Putschen Militärtrainings" mit den jeweiligen Staaten durchgeführt habe. Bei diesen Trainings sei es um Terrorismusbekämpfung und das Aufhalten von Migranten gegangen - eine Fokussierung, die Haastrup problematisch findet.

Die Unterstützung durch Russland, die zumindest die Militärjuntas in Mali und in Burkina Faso erhalten haben, erklärt Haastrup folgendermaßen: "Es ist nicht die Wahrnehmung, dass Russland besser wäre, sondern Russland bietet eine Alternative. Es ist gerade nützlich." Sie selbst wolle nicht, "dass Russland in die Nähe des afrikanischen Kontinents kommt", weil es "der Archetyp einer schrecklichen Idee" sei. "Aber ich verstehe, warum Russland dort ist."

Selenskyjs Angebot "selbstlos"

"In Europa ist man sich bewusst, dass man die USA immer als eine Art Garant für den Frieden gebraucht hat", meint Haastrup. "Wenn also die Fähigkeit von Westeuropa, die Sicherheit der Ukraine zu garantieren, durch die NATO kommt und der größte Teilhaber nicht mehr ist, wie er einst war, dann hat man ein Problem."

Ob Frieden komme, hänge davon ab, was man damit meine und zu welchen Bedingungen er erreicht werde. Sie mahnt jedenfalls, dass die Ukraine einbezogen werden müsse - und "die Ukraine hat klargestellt, dass sie keine Gebiete abtreten will." Dass der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj angeboten hat, im Tausch für Frieden und für den NATO-Beitritt seines Landes zurückzutreten, findet sie "selbstlos". Allerdings könne er das nicht tun, solange er nicht wisse, was die konkreten Bedingungen seien.

Zu den Überlegungen Großbritanniens, Truppen in die Ukraine zu entsenden, meint sie, das Land habe eine "klare Bereitschaft, das zu tun." Sie fügt hinzu, dass Trump gesagt habe, dass er dafür offen sei. Ihre Folgerung: "Wir könnten eine Situation wie in Ex-Jugoslawien haben, aber meine Bedenken wären, wie lange dauert das?" Am Balkan sind NATO-Truppen stationiert.